Sitzung des Kantonsrats vom 21.März 2016
Traktandum 2: 1100.24

Eintretensvotum Namens der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei
Annegret Wigger

Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin
Sehr geehrter Herr Landammann
Sehr geehrte Damen, Herren Regierungsräte
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Die SP-Fraktion begrüsst die Initiative des Regierungsrates mittels einer Teilrevision des Personalgesetzes auf die aktuellen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt zu reagieren. Im Focus der Revision steht die neu zu regelnde personalrechtliche Zuständigkeit der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Diese, insbesondere der Spitalverbund, müssen - so unsere Überzeugung - genügend eigene personalrechtliche Kompetenzen erhalten, um auf den aktuellen Fachkräftemangel angemessen reagieren zu können.
Allerdings ist die Stärkung der Wettbewerbsposition auf dem Arbeitsmark auch für die kantonale Verwaltung unerlässlich. Mit dem Vaterschaftsurlaub hat der Regierungsrat ein Zeichen gesetzt, seinen Anspruch ein familienfreundlicher Kanton zu sein, auch praktisch umzusetzen. Im Kern geht es hier sowohl um politische Glaubwürdigkeit als auch um die Einlösung des Gleichstellungsartikels. Die im Gesetz vorgesehenen 10 Tage Vaterschaftsurlaub sind verglichen mit dem Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen zwar nur ein erster Schritt aber ein symbolisch wichtiger. Gerade weil der Kanton als öffentlicher Arbeitgeber nicht immer im Lohnwettbewerb mithalten kann sind attraktive Arbeitsbedingungen um so wichtiger. Die Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements ist daher ausdrücklich zu begrüssen.
Allerdings bedauert die Fraktion, dass der Regierungsrat die Chance verpasst hat, weitere Mängel des Gesetzes in Angriff zu nehmen. Für besonders gravierend halten wir die immer noch fehlende Regelung im Umgang mit Whistel-blowern. Während zwischenzeitlich viele Kantone wie St. Gallen, Glarus etc. ein Angebot geschaffen haben, werden die Angestellten in unserem Kanton im Falle eines Loyalitätskonflikts allein gelassen.
Es stellt sich daher die Frage, ob der Regierungsrat diese Chance nutzt und im Rahmen einer zweiten Lesung einen entsprechenden Gesetzesartikel hinzufügt.
Denn ein fortschrittliches Personalgesetz ist zwar keine Garantie für eine konstruktive Führungskultur aber eine wichtige Voraussetzung. Daher plädiert die SP_Fraktion für Eintreten.

(es gilt das gesprochene Wort)